

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 3

Artikel: Zur Bundesratswahl
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Bundesratswahl.

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Die Sozialdemokratie führt ihren Kampf, *um die politische Macht im Staate zu erringen*. Sie bedient sich in diesem Kampfe *aller* Mittel, von denen sie annimmt, daß sie ihre Stellung festigen, ihre Kampfposition verbessern und den Kampfesmut der Arbeiterschaft fördern werden. Die Sozialdemokratie lehnt es also nicht grundsätzlich ab, sich an Verwaltungsbehörden zu beteiligen. Ob sie sich im gegebenen Falle an einer bestimmten Behörde beteiligen will, oder ob sie zu einer bestimmten Zeit für diese Behörde Kandidaten stellen will, ist eine *taktische* Frage. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir selbstverständlich auch die Frage der Beteiligung am Bundesrat betrachten.

Bis heute hat die Sozialdemokratische Partei es abgelehnt, sich an den Bundesratswahlen zu beteiligen. Der nächste Parteitag muß zu dieser Frage neuerdings Stellung beziehen. Eine starke Stimmung für die Beteiligung macht sich geltend. Vor allem wird auch von Gewerkschaftsführern die Beteiligung gewünscht. Um so notwendiger ist es, die Frage zu untersuchen, ob es für die klassenbewußte Arbeiterschaft eine Notwendigkeit ist, an den Bundesratswahlen teilzunehmen, eventuell durch einen Genossen im Bundesrat vertreten zu sein, oder ob wir nicht alle Ursache haben, die bisherige Stellung der Sozialdemokratischen Partei den Bundesratswahlen gegenüber beizubehalten.

II.

Untersuchen wir vorerst einmal, *welche Stellung ein sozialdemokratisches Mitglied des Bundesrates* einnimmt. Darüber geben die Artikel 95 bis 104 der schweizerischen Bundesverfassung Auskunft. Der Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern. Er ist die *oberste vollziehende und leitende Behörde*. Das heißt, der Bundesrat ist nicht nur die oberste Verwaltungsbehörde der Schweizerischen Eidgenossenschaft, welche die Beschlüsse des Parlamentes und des Volkes vollzieht, sondern er hat *eine eminent politische Stellung*. Seine politische Bedeutung ist im Laufe der Zeit noch erheblich gewachsen. Nun übt der Bundesrat seine Tätigkeit *als Kollegialbehörde* aus, das heißt, nur die Beschlüsse der sieben Bundesräte geben nach außen die Meinung des Bundesrates wieder. Wenn auch die einzelnen Bundesräte verschiedenen Departementen vorstehen, so ist es doch nicht das einzelne Departement, das Anträge an die Bundesversammlung oder gar an das Volk macht, sondern es

ist der Gesamtbundesrat, der die Botschaften dem Parlamente unterbreitet und der auch dem Volke gegenüber seine Meinung *als Kollegialbehörde zum Ausdruck* bringt.

Diese wenigen Ausführungen zeigen, daß ein sozialdemokratisches Mitglied im Bundesrat nicht in der Lage sein wird, eine sozialdemokratische Auffassung nach außen zu vertreten. Der Genosse, der im Bundesrat sitzt, kann wohl in den Diskussionen innerhalb des Bundesrates seine sozialistische Meinung zum Ausdruck bringen, aber *die Abstimmung macht die Auswirkung seiner Auffassung unmöglich*; denn die sechs bürgerlichen Bundesräte entscheiden.

Wenn beispielsweise der sozialdemokratische Bundesrat als Departementsvorsteher eine andere Auffassung hat als die sechs bürgerlichen «Kollegen», dann wird er vor dem Parlamente *nicht seine sozialistische Auffassung zum Ausdruck bringen können, sondern er ist verpflichtet, den Beschluß des Bundesrates zu verteidigen*. Er muß unter Umständen gegen seine eigene Ueberzeugung, im Namen des Bundesrates, sprechen. Er könnte allerdings versuchen, diesem Dilemma zu entgehen, indem der bürgerliche Stellvertreter des Departements die Vorlage des Bundesrates verteidigt. Und wenn der in den Bundesrat gewählte Genosse ein überzeugter Klassenkämpfer ist, der seine Stellung im Bundesrat als eine Vorpostenstellung für das kämpfende Proletariat betrachtet, dann wird er den Versuch machen, *entgegen der bürgerlichen Mehrheit des Bundesrates vor dem Parlamente seine Minderheitsauffassung zum Ausdruck zu bringen*. Zweifellos würde in den meisten wichtigen Fragen die Notwendigkeit eintreten, daß er vor der Bundesversammlung bei der Gestaltung von neuen Gesetzen und bei der Fassung von andern wichtigen Beschlüssen seine Minderheitsauffassung verteidigt.

Das könnte er noch, solange erst ein Beschluß im Entstehen begriffen ist. Wenn der Beschluß aber gefaßt ist, *wenn er als Departementsvorsteher den Beschluß zu vollziehen hat, dann hat er ohne weiteres den Willen des Bundesrates zum Ausdruck zu bringen*. Nehmen wir einmal an, der sozialdemokratische Bundesrat hat das Polizei- und Justizdepartement unter sich. Er hat auf Beschluß des Gesamtbundesrates bestimmte Ausweisungen zu vollziehen, beispielsweise von Ausländern, die politisch unerwünscht sind. Da könnte es vorkommen, *daß er gegen seine eigene Ueberzeugung auf Beschluß des Bundesrates Sozialdemokraten aus der Schweiz ausweisen müßte*. Er wäre also nichts anderes als der Büttel der bürgerlichen Klassenpolitik.

Nehmen wir an, der sozialdemokratische Bundesrat ist Departementsvorsteher des Finanz- und Zolldepartements. Es werden in verfassungswidriger Art und Weise durch Bundes-

ratsbeschluß die Zölle erhöht, z. B. der Butterzoll für 100 kg um 50 Fr. gesteigert. Der sozialdemokratische Departementsvorsteher hat diese Maßnahmen durchführen zu lassen.

Nehmen wir an, der sozialdemokratische Bundesrat hat das Eisenbahn- und Postdepartement unter sich. Entgegen seiner Auffassung werden Verordnungen geschaffen, die das Personal vor den Kopf stoßen. Natürlich kann der sozialdemokratische Bundesrat *nichts* dafür, daß solche Beschlüsse zustande gekommen sind, *aber er muß sie vollziehen. So wird es in allen Fällen gehen, wo die kämpfende Arbeiterschaft im Gegensatz zum Bundesrat steht.*

Wenn nun der sozialdemokratische Bundesrat *seiner Klassenüberzeugung entsprechend* immer und immer wieder versucht, diesen Maßnahmen gegenüber Opposition zu machen, wenn er vor das Parlament geht und frei und offen seinen Standpunkt vertritt, dann ist er bei seiner Wiederwahl nicht nur gefährdet, *sondern er wird sicher nicht wiedergewählt.* Man wird einen solchen Vertreter der Sozialdemokratie *im bürgerlichen Bundesrat nicht dulden.* Man wird es auch nicht zulassen, daß er als *Kontrollorgan die Arbeiterschaft fortwährend auf dem laufenden hält*, ihr Material liefert, damit sie den Kampf um so nachhaltiger führen kann, sondern man wird ihn aus dem Bundesrate entfernen.

Das ist um so leichter möglich, weil die **Wahlbehörde des Bundesrates die vereinigte Bundesversammlung ist** und weil in dieser vereinigten Bundesversammlung 190 bürgerliche Mitglieder und nur 50 Sozialdemokraten sitzen.

Das Experiment der Bundesratsbeteiligung unter diesen Voraussetzungen zu beginnen, wird, sofern der betreffende Sozialdemokrat ein klassenbewußter Genosse ist, der immer seiner Ueberzeugung gemäß handelt, mit dem Hinauswerfen des Betreffenden enden. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, brauchen wir also das Experiment nicht zu machen; *denn wir kennen zum voraus das Ergebnis.*

Nun wird es vielleicht Leute geben, die der Meinung sind, daß der Versuch sich dennoch lohnt, weil der Hinauswurf eines Sozialdemokraten aus dem Bundesrat prächtigen Agitationsstoff für unsere Partei liefere. Da aber die Agitationsmöglichkeiten schon groß sind, lohnt sich der Kraftaufwand für ein solches Experiment nicht. Nun besteht aber nicht nur diese *eine* Entwicklungsmöglichkeit, sondern es bestehen auch noch andere Entwicklungsmöglichkeiten. Einmal besteht die Möglichkeit, daß man zum voraus es als selbstverständlich hinnimmt, daß der Sozialdemokrat, der als Bundesrat gewählt wird, zwar seine Meinung als Sozialdemokrat vertritt, *aber ganz selbstverständlich nur innerhalb des Bundesrates, und nicht vor dem Parlamente.* Daß er im weitem zum voraus entschlossen ist, alle Mehrheits-

beschlüsse des bürgerlichen Bundesrates mit größter Gewissenhaftigkeit durchzuführen, *und das auch dann, wenn es gegen die kämpfende, um die Freiheit und Besserstellung ringende Arbeiterschaft geht.* In diesem Falle nützt uns zweifellos ein sozialdemokratischer Bundesrat nichts. Im Gegenteil. Er schädigt durch seine Haltung in weitesten Kreisen das Ansehen der Sozialdemokratischen Partei. Man wird es innerhalb der Arbeiterschaft *nie* verstehen, daß ein solcher Sozialdemokrat noch länger der Partei angehört. Man wird seine Haltung uns zum Vorwurf machen und man wird *so* große Kreise der Arbeiterschaft dazu verleiten zu glauben, die Sozialdemokratie sei eigentlich keine Kampfpartei mehr, sondern sie leihe fähigste und tüchtigste Genossen der bürgerlichen Mehrheit, damit sie die Geschäfte der Bourgeoisie besorgen.

Es besteht aber auch eine weitere Möglichkeit: Der sozialdemokratische Bundesrat ist ein Klassenkämpfer, der in konstanten, seine Nerven aufs äußerste anspannenden, seine Energie verbrauchenden Kämpfen mit seinen bürgerlichen Kollegen steht. Die Arbeitslast, die ihm zugemutet wird, ist so groß, daß er darunter zusammenbricht. Er müßte im Grunde genommen *das* leisten, was seine sechs bürgerlichen «Kollegen» und der ganze bürgerliche Stab der Bundesbureaukratie tun. Er kann das alles nicht leisten. Man hat ihn unnütz für ein Experiment, das keine Frucht bringt, verschwendet.

Eine weitere Möglichkeit besteht: *Der klassenkämpferische sozialdemokratische Bundesrat wird nicht wiedergewählt.* Die bürgerlichen Parteien offerieren zwar den Sitz, aber selbstverständlich nur für einen Sozialdemokraten, der ihnen genehm ist, den sie «akzeptieren» können. Die Sozialdemokratische Partei wird sich darauf besinnen, daß sie um die Eroberung der politischen Macht kämpft, daß die Zukunft zweifellos *ihr* gehört, daß sie sich nicht *so weit herablassen kann, sich die Kandidaten von den bürgerlichen Parteien vorschreiben zu lassen*, und sie wird infolgedessen dieses Anerbieten ablehnen. Aber es wird innerhalb der Partei dannzumal Genossen geben, die trotzdem einen Versuch machen wollen, und so wird unter Umständen über die Annahme einer solchen Offerte innerhalb der Partei eine Meinungsdifferenz über die andere entstehen. Man wird vielleicht einzelne Genossen, von denen man weiß, daß sie von den Bürgerlichen nicht akzeptiert werden, zum voraus ausschalten, weil sicher feststeht, daß sie nicht gewählt werden. *Die Kandidatenfrage wird zu einer Frage des schlimmsten Opportunismus.* Um eine Bekämpfung des sozialdemokratischen Kandidaten durch die bürgerlichen Parteien zu vermeiden, wird man außerordentlich sorgfältig bei der Auswahl vorgehen. Bei einer solchen Entwicklung der Sache profitiert die Partei nichts. Im Gegenteil. Sie erleidet schwere Schädigungen. Das Mißtrauen innerhalb der Ar-

beiterschaft gegenüber solchen Machenschaften wird geweckt und wird die schlimmsten Auswirkungen haben.

Alle diese Möglichkeiten zeigen, daß ein Bundesratssitz, den unsere Partei bekommt, *viel mehr Nachteile* als Vorteile für die Partei bringt.

III.

Wenn wir schon einmal den Klassenkampf und die konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen in den Bundesrat hinein verlegen wollen, dann sollten wir zweifellos *bestimmte Vorbedingungen* erfüllt haben. Zu diesen Vorbedingungen gehört jedenfalls, was Genosse *Johannes Huber* vor zehn Jahren in seiner Motion forderte. Die Motion hatte folgenden Wortlaut:

«Der Bundesrat wird eingeladen, beförderlich Bericht und Antrag vorzulegen über die Revision der Bestimmung der Bundesverfassung betreffend die Wahl des Bundesrates im Sinne

1. *der Einführung der Wahl durch das Volk,*
2. *der Einführung der Verhältniswahl,*
3. *der Vermehrung der Mitgliederzahl.»*

Aus dem Gedankengang dieser Motion geht hervor, daß man als eine wesentliche Festigung der Stellung eines sozialdemokratischen Bundesrates die *Einführung der Volkswahl* betrachtet und die *Einführung der Proportionalwahl*.

Zweifellos wäre die Stellung eines sozialdemokratischen Bundesrates eine ganz andere, wenn er vom Volke gewählt würde, als wenn er von der Bundesversammlung gewählt wird. Erinnern wir uns nur daran, wie schmäählich sich die bürgerlichen Mitglieder des Nationalrates verhalten haben, als es den Vizepräsidenten des Nationalrates, Genosse Grimm, als Präsidenten zu wählen galt. Diese Herren haben restlos vor einer kleinen reaktionären Gesellschaftsschicht kapituliert, und Genosse Grimm wurde nicht gewählt. Wenn das Volk zu wählen hat, so besteht ja auch die Möglichkeit, daß es von reaktionärer Seite fanatisiert und irregeführt wird. Aber der Kampf im Volke draußen für einen sozialdemokratischen Bundesrat ist etwas ganz anderes als die Verhandlungen hinter Kulissen zwischen bürgerlichen National- und Ständeräten, die es jederzeit in der Hand haben, auf Grund ihrer übergroßen Mehrheit in der Bundesversammlung den sozialdemokratischen Kandidaten gutzuheißen oder abzulehnen; ihm gegenüber ein gewisses Wohlwollen an den Tag zu legen oder ihn aufs schärfste zu bekämpfen.

Die wichtigste Voraussetzung für die Beteiligung am Bundesrat wäre zweifellos die Proportionalwahl. Sie würde eine unabhängige Stellung für den betreffenden Genossen schaffen. Er

könnte die Interessen der Arbeiterschaft so vertreten, wie er sie auffaßt. *Man könnte ihn aus dem Bundesrat nicht entfernen*, auch wenn er sich in bestimmten Momenten weigern würde, bestimmte Beschlüsse der bürgerlichen Mehrheit durchzuführen und das seinem bürgerlichen Stellvertreter oder einem durch den Bundesrat ad hoc ernannten Stellvertreter überlassen würde. Ein auf Grund des Proporztes gewählter sozialdemokratischer Bundesrat wäre wirklich ein Vorposten der um ihre Freiheit kämpfenden klassenbewußten Arbeiterschaft.

Wenn die Sozialdemokratische Partei noch viel größer wäre, wenn sie statt über 50 über 80 oder 90 Mandate in der Bundesversammlung verfügen würde, dann wäre selbstverständlich die Stellung eines sozialdemokratischen Bundesrates auch eine andere, als sie es heute ist. Aber von all dem ist noch nichts vorhanden, wir haben weder die Volkswahl noch den Bundesratsproporz, noch eine doppelt so starke Wählerzahl. Wir haben also meiner Auffassung nach auch keine Ursache, im gegenwärtigen Moment die Stellung, die bisher die Partei eingenommen hat, zu ändern.

IV.

Die Beteiligung an andern Verwaltungsbehörden (Gemeinderäten, Verwaltungsräten kantonaler Elektrizitätswerke, Erziehungsräten, Bankräten, Regierungsräten usw.) bedingt noch nicht die Beteiligung am Bundesrat. Die Beteiligung an den Bundesratswahlen ist eine taktische Frage. Wir müssen sie, wie für jede andere Behörde, *in einem bestimmten Moment als selbständige taktische Frage zu entscheiden wissen*.

Zudem ist festzustellen, daß die Folgen der Beteiligung an andern Verwaltungsbehörden für die Partei nicht immer günstig waren. Ich will in diesem Zusammenhange nur darauf verweisen, daß wir schon in Gemeinden draußen die tüchtigsten Genossen der Bewegung entzogen haben, indem wir sie in die Gemeinderäte hineinsteckten. Außer ihnen war niemand da, der mit der gleichen Hingabe arbeitete und mit der gleichen Autorität die Arbeiterschaft führte. Das Experiment der Beteiligung zeitigte auf dem Gebiete der Verwaltung für die Arbeiterschaft *nichts* Wesentliches. Der Genosse Gemeinderat mußte seine Arbeit für kleine und kleinste Verwaltungsgeschäfte verbrauchen, *ohne in grundsätzlichen und wichtigen Fragen etwas erreichen zu können, weil er allein war*. Seine ganze freie Zeit wurde durch diese Arbeiten absorbiert. Er war nicht in der Lage, das Mißtrauen, das in der Arbeiterschaft entstand, zu beseitigen. Dieses Mißtrauen wirkte lähmend auf ihn und auf die Parteitätigkeit, und so litt die ganze Bewegung unter diesem Experiment. Wenn man die Klugheit gehabt hätte, nicht in einem vorzeitigen Stadium in die Gemeindebehörde einzutreten, und wenn man die Festigkeit gehabt hätte, unter Umständen auch

noch ein Jahrzehnt zu warten, dann hätte man die ganze Gemeinde erobert und hätte zu einem wichtigen Experiment aus-
holen können. So aber verdarb man alles durch den Heißhunger nach einem Gemeinderatsmandat. Daß diese Mißerfolge die Gesamtbewegung wesentlich beeinflußten, will ich nicht behaupten. *Daß aber ähnliche Mißerfolge im Bundesrat die Gesamtbewegung beeinflussen würden, ist für mich ganz selbstverständlich.*

Wir müssen uns immer daran erinnern, daß nicht die Eroberung von Sitzen die Hauptsache für die Arbeiterklasse ist, sondern die Stärkung ihrer Kampfkraft, *ihrer Macht auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete, ihrer Zuversicht und ihres Selbstvertrauens.* In dem Momente, wo wir dazu gelangen, mehr und mehr das Hauptgewicht bei unsern Aktionen auf die Eroberung von einzelnen Sitzen zu verlegen, mehr und mehr zu betonen, daß es schon einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, wenn wir wenigstens einen Regierungssessel, einen Bundesratssessel besetzen können, beeinflussen wir die Auffassung der Massen. *Es gibt je länger, je mehr Leute, die glauben, der Sozialismus marschiere, wenn wir solche Sitze bekommen.* Die Werbearbeit für die Partei und die Gewerkschaft wird nicht mehr so eingeschätzt, wie sie gewertet werden sollte. Politische Kämpfe um grundsätzliche Fragen treten in den Hintergrund. Man weiß, daß man in Minderheit ist und verlangt etwas Positives, Vorschläge, die von der Mehrheit des Volkes gutgeheißen werden können. *Und zwar im erstenmal.* Man weiß nicht mehr, daß man vielleicht drei- und viermal für einen Gedanken werben muß, bevor er im Volke zum Siege gelangt. Man glaubt, auf dem Wege des Verhandeln Wunder was erwirken zu können. Deshalb sollen in diesen Behörden Sozialdemokraten sitzen.

Und doch ist die Sache so einfach. *Wirkliche Erfolge für die Arbeiterschaft werden immer nur erkämpft, wenn die Masse marschiert;* wenn Partei und Gewerkschaften gewaltige Fortschritte in ihrer Mitgliederzahl erzielen; wenn die Bürgerlichen durch unsern Vormarsch gezwungen sind, Konzessionen zu machen. Die schönsten Worte, die klügsten Verhandlungen, die geschicktesten Vorschläge, von den fähigsten Leuten vorgebracht, sind erfolglos, *wenn nicht die Macht der organisierten Arbeiterklasse Erfolge zu erzielen vermag.* Und diese Erfolge werden erzielt, ohne daß wir irgend jemanden in der betreffenden Behörde haben. Die 48-Stunden-Woche ist eine Frucht des Generalstreiks von 1918 und der entschlossenen Haltung der Arbeiterschaft von damals. Den Nationalratsproporz hätten wir *nie* so rasch bekommen ohne die damaligen Ereignisse. Soll man nun wirklich den Glauben in der Arbeiterschaft großziehen, daß durch die Besetzung solcher Sitze Wunder geschehen kön-

nen? Die Arbeiter sind im allgemeinen sowieso geneigt, all dem Glauben zu schenken, was von ihnen *keine Anstrengungen, keine Opfer und keine Arbeit* verlangt. Sollen wir nun ausgerechnet diese Mentalität stärken, indem wir den Wunderglauben an die Tätigkeit von einzelnen Verwaltungsbehördemitgliedern in einer mehrheitlich bürgerlichen Verwaltungsbehörde fördern, *indem wir ihm nicht energisch entgegentreten?* Ich bin der Meinung, daß wir das nicht tun sollen. Wir sollen im Gegenteil volle Klarheit über die Bedeutung dieser Aemter schaffen. Dann wird es sich zeigen, daß, wenn wir die Zeit, die wir für Diskussionen über solche Fragen verwenden, für Agitation, für Werbung neuer Mitglieder, zur Festigung unserer Organisationen, zur Bildung der Parteigenossen ausnützen würden, weit mehr erreicht wird, daß der positive Gewinn ein viel größerer wäre, als wenn wir über diese Fragen des langen und breiten diskutieren und die Gefahr heraufbeschwören, daß der ursprüngliche Kampf der Arbeiterschaft um sozialistische Ideale zu einem bloßen Streit um Sitze im bürgerlichen Staat wird.

Es ist behauptet worden, daß große Teile der Arbeiterschaft es nicht verstehen würden, wenn wir uns an den Bundesratswahlen nicht beteiligen. Ja, daß einzelne Mitläufer sich von unserer Partei abwenden und sich der bürgerlichen Partei zuwenden würden. Das trifft für einzelne Wähler tatsächlich zu. Aber ich sage, wir können uns gratulieren, wenn wir diese Leute nicht in der Partei haben. Sie sind nicht geeignet, eine sozialdemokratische Politik zu machen. Sie werden höchstens das, was wir im Laufe der letzten Jahrzehnte erreicht haben, in Frage stellen. Wenn wir neue Bevölkerungsschichten für unsere Ziele und für unsere Politik gewinnen wollen, dann wollen wir sie gewinnen *auf Grund unserer sachlichen Forderungen, auf Grund unserer Ideale. Mit diesen Leuten werden wir die Zukunft erobern und die neue Welt aufbauen.* Aber nicht mit jenen, die in ihrem spießbürgerlich-kapitalistischen Geiste und in ihrem Egoismus nur an sich selber denken, wenn sie Politik machen und der Sozialdemokratischen Partei beitreten möchten.

V.

Würden wir uns an den Bundesratswahlen beteiligen, dann müßten wir tüchtigste Genossen für den Bundesrat vorschlagen. Wenn wir uns an der nächsten Ersatzwahl, die im Dezember stattfindet, beteiligen wollten, dann käme nach übereinstimmender Auffassung als Kandidat Genosse Dr. Emil Klöti in Frage. Genosse Klöti ist ein Mann, der über große Erfahrung verfügt und der das Vertrauen der weitesten Kreise unserer Partei besitzt. Zweifellos würde er sein menschenmöglichstes tun, um für uns zu wirken. Aber wie aus den vorhergehenden Ausführungen hervorgeht, sind nicht die persönlichen Fähigkeiten

entscheidend, sondern der Machteinfluß unserer Partei. Genosse Klöti kann heute als Stadtpräsident von Zürich für die Sozialdemokratische Partei unendlich viel mehr leisten denn als einziger Sozialdemokrat im Bundesrat. Die schweizerische Sozialdemokratie wird viel früher in der Lage sein, *einzelne Städte und industrielle Kantone zu erobern, als die Mehrheit im Schweizerland zu erringen*. Für jene Vormarschgebiete müssen wir die tüchtigsten Kräfte zur Verfügung haben. Dort wird die Sozialdemokratie augenfällig beweisen, was sie zu leisten imstande ist. Ein sozialdemokratischer Stadtpräsident von Zürich, der diese größte Schweizerstadt aufwärts und vorwärts führt, leistet der Arbeiterklasse des Landes unvergängliche Dienste. *Unsere Partei wird durch solche Beispiele sozialistischer Aufbauarbeit an Schlagkraft, an Zutrauen, an Selbstvertrauen gewinnen*. So bin ich der Meinung, daß es viel bedeutungsvoller ist, wenn wir diese Seiten unseres Arbeitens pflegen, als uns in Experimente zu stürzen, die zum voraus nicht viel versprechen, im Gegenteil erwarten lassen, daß sie Enttäuschungen bringen.

Die englische Sozialdemokratie hat seit den traurigen Tagen der sozialpatriotischen Kriegsjahre nie um einzelne Ministerportefeuilles gekämpft. Sie kämpft auch als Minderheitspartei um die Eroberung der gesamten politischen Macht im Staat. Sie hat als Minderheitspartei schon zweimal *ein ausschließliches Arbeiterministerium* gebildet. Sie hat dabei nicht die Mithilfe der Liberalen gesucht. Sie wird ihren Kampf um die Mehrheit nicht fördern dadurch, daß sie eventuell bei ihrem Sturz in ein liberales Ministerium eintreten würde, sondern sie wird wiederum einige Jahre warten, bis sie ein neues Arbeiterministerium bilden kann. Das, was eine Arbeiterregierung tut, hat sie zu verantworten. *Das kann sie aber auch verantworten*. Zweifellos wächst die Kraft einer Partei viel mehr, *wenn sie um das Ganze kämpft*. Wir könnten den Eintritt von Sozialdemokraten in den Bundesrat verstehen, wenn diese Genossen durch den Proporz gesichert wären, oder wenn eventuell eine ganz starke Sozialdemokratische Partei, von der man weiß, daß sie im Stadium des Kampfes um die politische Mehrheit steht, hinter ihnen ist.

Das Argument, daß der Kampf auf allen Fronten geführt werden müsse, also auch um einen Bundesratssitz, ist nicht stichhaltig. Den Vorwurf, daß wir uns zurzeit nicht an den Bundesratswahlen beteiligen wollen, trotzdem man uns einen Bundesratssitz geben will, können wir ertragen. Er gehört in die Kategorie aller jener Vorwürfe, die auf die Leichtgläubigkeit der nicht orientierten und unaufgeklärten Masse spekulieren. Viel schlimmer wäre es, wenn man, um bürgerlichen Vorwürfen auszuweichen, unsere Entschließungen so einrichten würde, daß diese Vorwürfe nicht mehr erhoben werden können. Zweifellos

werden die Bürgerlichen, wenn sie zurzeit den Genossen Klöti oder einen andern Genossen nicht im Bundesrat haben wollen, trotz einem sozialdemokratischen Parteitagsbeschluß, der die Bereitwilligkeit ausspricht, uns am Bundesrat zu beteiligen, *um Argumente nicht verlegen sein, um unsere «Mitarbeit» abzulehnen*. Sie werden unser Programm hervorziehen, sie werden eine Aenderung in der Stellung zur Landesverteidigung, zum Klassenkampf usw. fordern. Sollte es da vermieden werden können, daß es nicht auch Gläubige gibt, die bereit sind, Programmänderungen vorzunehmen, nur damit endlich ein Genosse in den Bundesrat einziehen kann? Ich fürchte sehr, daß es verschiedene naive Gemüter auf diesem Gebiete gibt. *Wir haben also keine Ursache, uns nach bürgerlichen Vorwürfen zu orientieren*. Sondern wir beziehen unsere Stellung von unsern Zielen und Idealen aus. Wir rechnen mit den tatsächlichen Machtverhältnissen und tun alles, um diese Machtverhältnisse zu ändern. Das geschieht aber am sichersten und schnellsten dadurch, daß wir alle Illusionen zerstören, die den Glauben erwecken könnten, daß die Arbeiterklasse je auf einem andern Wege wesentliche Fortschritte erzielt als durch ihre eigene Kraft. *Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse wird ihr ureigenstes Werk sein*. Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht ist mit Opfern verbunden. Aber er wird zum Ziele führen, denn die ganze wirtschaftliche Entwicklung geht in der Richtung des Sozialismus. Deshalb wollen wir an der englischen Arbeiterpartei ein Vorbild nehmen und wollen zum mindesten bestimmte Sicherungen verlangen, bevor wir einzelne tüchtige Parteigenossen in den Bundesrat hineinschicken.

Ernste Fragen sozialistischer Agrarpolitik.

Von Dr. Fritz Marbach, Bern.

Die «Rote Revue» hat mir im März dieses Jahres Gelegenheit gegeben, meine theoretischen Ansichten zur schweizerischen Landwirtschaftsfrage auseinanderzusetzen. Ich habe damals nachzuweisen versucht, daß die landwirtschaftliche Krise in hohem Maße Folge der Unterkonsumtionsfähigkeit bedeutender Volksschichten sei*, daß eine materielle Besserstel-

* Diese Wahrheit dringt jetzt in Deutschland auch bei Großindustriellen durch. So erklärte z. B. Dr. Heilner, Generaldirektor des Linoleum-Trusts, an der Düsseldorfer Industrietagung: Wichtiger als Zollschatz ist für die deutsche Landwirtschaft, die sich auf intensive Produktion verfeinerter Produkte immer mehr einstellt, ein wirklich kaufkräftiger Markt. Nur eine erhebliche Erhöhung der Kaufkraft der Massen... sichert der Landwirtschaft die Rentabilität.